

Antrag 508/I/2022

Beschluss

Annahme in der Fassung des Parteitages

Raus aus russischem Gas – kein Geld mehr für Putins Kriegskasse

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die damit verbundenen Gräueltaten auf Befehl des russischen Präsidenten sind gravierende Völkerrechts- und Menschenrechtsverstöße und müssen sofort gestoppt werden. Dazu muss Deutschland so schnell wie möglich die russischen Energielieferungen von Steinkohle, Erdöl und Gas beenden. Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit garantiert werden, ohne dabei die Energiewende durch neue fossile Infrastruktur zu konterkarieren oder Energiearmut zu begünstigen.

Wir fordern daher den SPD-Bundesvorstand, sowie auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung auf, sich ausdrücklich dafür einzusetzen, dass Deutschland so schnell wie möglich auf russisches Erdgas verzichtet, bevor auch Deutschland wie schon Polen, Bulgarien und Finnland seitens Russlands von einem Energielieferstopp getroffen wird.

Wir fordern die Bundesregierung und die weniger von Arbeitsplatzverlust und Energieknappheit bedrohten Bundesländer auf, Solidarität mit den besonders betroffenen Regionen im Osten Deutschlands zu zeigen und diese die wirtschaftlichen und sozialen Folgen nicht alleine tragen zu lassen.

Damit die Unabhängigkeit von russischem Gas kurzfristig machbar wird, muss das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) nicht nur LNG (Liquefied Natural Gas)-Kontingente aus anderen Ländern vertraglich sichern, sondern auch verstärkt Synergien **mit existierenden EU-ausländischen LNG-Terminals** nutzen. Sonst besteht die Gefahr eines Aufbaues kostenträchtiger nationaler Überkapazitäten und damit fossiler Investitionsruinen.

Dazu müssen wir viel stärker mit unseren EU-Nachbarn eine Kooperation bezüglich der LNG-Terminalkapazitäten ausbauen. Es sind neben den LNG-Terminals in Zeebrügge, Rotterdam und Spanien u.a. auch der grenznahe LNG-Port im polnischen winoujcie in die LNG-Versorgungskonzeption des BMWK einzubeziehen. Zentrales Thema ist dabei der Transport in das deutsche Gasnetz, wie z.B. durch Pipeline-Anbindungen oder durch Transport auf der Schiene. Dies gilt auch für Gas aus der im Herbst fertig werdenden Baltic Pipe von Norwegen nach Niechorze-Pogorzelica.

Wir fordern, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt, dass es mit Polen und der Ukraine eine gemeinsame Energiepolitik geben soll. Wir fordern die deutsch-polnische Regierungskommission auf, sich stärker dem Thema Energie zu widmen und dafür eine eigene Arbeitsgruppe Energie ins Leben zu rufen. Für die Oder-Partnerschaft der deutsch-polnischen Grenzregion fordern wir die Ausgründung eines Runden Tisches Energie & Klima.

Ferner muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die in Deutschland neu zu bauenden Gas-Terminals in Stade, Brunsbüttel und Wilhelmshaven sowie ggfs. Pipelines auch zum **Import grünen Wasserstoffs** ausgerüstet werden, um möglichst rasch komplett von Fossilimporten unabhängig zu werden. Die technischen Möglichkeiten sind gegeben.

Die alternativen Gasimporte werden nur ausreichen, wenn **Deutschland viel entschiedener als bisher Energie einspart und die Energiewende vorantreibt**. Dies betrifft die Energiewirtschaft, die Industrie (v. a. Prozesswärme, chemische Prozesse und

Lastmanagement), aber auch den Gebäudesektor. Darum sind die Finanzmittel **zur energetischen Gebäudesanierung** erheblich aufzustocken, um mittelfristig energieautarker zu werden. Ferner sind die gesetzlichen und regulativen Maßnahmen zur Vereinfachung des **Ausbaus Erneuerbarer Energien im Strom- und Wärmebereich** noch weitergehender als im Osterpaket vorgesehen zu beschleunigen.

Vor allem für den Wärmebereich ist entscheidend wichtig, dass die Wärmeversorgung von Gebäuden möglichst schnell auf erneuerbare, wo möglich leitungsgebundene, Versorgung umgestellt wird. Berlin zum Beispiel hat hier mit seinem gut ausgebauten Fernwärmenetz und den Regierungsplänen für eine Rekommunalisierung des Wärmenetzes bessere Startbedingungen als viele andere deutsche Großstädte.

Überweisen an

Landesgruppe, Parteivorstand